

An die

- **Abgeordneten der SPD-Fraktion**
- **Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion**

Zur Kenntnis an die Fraktionsvorsitzenden von

- FDP
- Bündnis 90/Grüne
- Die Linke

Keine Internet-Sperr-Infrastruktur einrichten!

Offener Brief an die Mitglieder der Regierungsfaktionen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir fordern Sie auf, am Donnerstag dem 18. Juni 2009 dem Entwurf eines »Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen« (BT-Drucksachen 16/13125 und 16/12850) nicht zuzustimmen. Wir sehen in diesem Gesetz keine Lösung des Problems der »Kinderpornographie«.

Als katholischer Kinder- und Jugendverband lehnen wir dieses Gesetz vor allem aus folgenden Gründen ab:

- Das Gesetz schützt Kinder und Jugendliche nicht vor sexuellen Übergriffen. Wenn Inhalte im Internet nur gesperrt und nicht strafrechtlich verfolgt und gelöscht werden, sind die kinderpornographischen Seiten weiterhin zugänglich. Bereits jetzt ist die Rechtslage ausreichend, um die Verbreitung von dokumentiertem Missbrauch auch im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden, im Internet wirksam zu bekämpfen. Internetsperren sind sogar schädlich für den Schutz von Kindern und Jugendlichen: Täterinnen und Täter werden nicht verfolgt und bestraft, sondern im Gegenteil durch die Sperren gewarnt.
- Das Gesetz errichtet eine Internet-Zensurinfrastruktur. Obwohl vorgegeben wird, dass sich die Sperre nur auf Seiten mit kinderpornographischem Inhalt bezieht, sind bereits jetzt weitergehende Begrenzungen, etwa in Bezug auf Urheberrechtsverletzungen, politische Inhalte und sogar sog. »Killerspiele«, geäußert worden. Eine solche Infrastruktur ermöglicht eine so bislang nicht dagewesene Einschränkung der Meinungsfreiheit.
- Das Gesetz ist rechtsstaatlich untragbar. Geheime Sperrlisten lassen sich nicht öffentlich überprüfen. Ohne Richtervorbehalt und Kontrolle durch die kritische Öffentlichkeit soll dem BKA die Mög-

Düsseldorf,
17. Juni 2009

Unser Zeichen:
as

Durchwahl:
0211/984614-19

E-Mail:
alexandra.schmitz@kjg.de



UTOPIAJETZT!

Räume für Visionen.

lichkeit gegeben werden, Seiten zu sperren. Auch die von der SPD erreichten Änderungen genügen keinem rechtsstaatlichen Verfahren. Bereits jetzt nutzen die Regierungen unfreier Staaten wie China die Diskussion um Netzsperrungen in Europa, um ihre eigene Zensur vor der Weltgemeinschaft zu rechtfertigen. Netzsperrungen schaden nicht nur den Menschen in Deutschland, sie spielen auch den Machthabenden autoritärer Regime in die Hände.

Seite 2

Schützen Sie Kinder und Jugendliche wirksam vor sexuellem Missbrauch! Verbessern Sie die Möglichkeiten der Strafverfolgung, setzen Sie sich für eine verbesserte internationale Zusammenarbeit ein! Geben sie sich nicht zufrieden mit letztendlich wirkungslosen Zensurmaßnahmen!

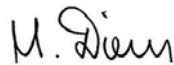
Kinder und Jugendliche brauchen nicht nur Schutz vor sexueller Ausbeutung: Sie sind wie alle Menschen auch angewiesen auf eine freie Gesellschaft, die alles daran setzt, dass sie sich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Mit dem Antrag »Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit weltweit durchsetzen und der Internetzensur entgegenzutreten« (BT-Drucksache 16/8871) haben Sie sich im vergangenen Jahr gegen Internetzensur ausgesprochen. Stehen Sie zu ihrem Wort: Lehnen Sie die Einführung einer Internet-Sperr-Infrastruktur ab!

Mit freundlichen Grüßen



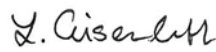
Alexandra Schmitz

KjG-Bundesleiterin



Martin Diem

KjG-Bundesleiter



Lisa Eisenbarth

KjG Bundesgeschäftsführerin

Anlage:

Stellungnahme der KjG „Demokratie braucht Freiräume“

Demokratie braucht Freiräume

Stellungnahme des Bundesausschusses der Katholischen Jungen Gemeinde (KjG) zur Intensivierung staatlicher Überwachung

In den letzten Jahren forderten zahlreiche Politikerinnen und Politiker weit reichende Maßnahmen zur Schwächung des Datenschutzes und Intensivierung staatlicher Überwachungsinstrumente. Dies wird begründet mit der Abwehr einer abstrakten Terrorgefahr. Freiheitsrechte sollen sich einem »Grundrecht auf Sicherheit« unterordnen. Nicht beachtet wird dabei jedoch die Konsequenz: Alle sind verdächtig, bis die Unschuld bewiesen ist. Die Privatsphäre wird durch die geplanten und bereits praktizierten Methoden der staatlichen Überwachung zunehmend eingeschränkt.

Verstärkt sollen Daten zentral zusammengelegt werden, von Steuernummern über KFZ-Kennzeichen bis hin zu Krankenakten. Daten werden zweckentfremdet zur Überwachung, so etwa die der elektronischen Maut-Systeme. Der gläserne Bürger wird Wirklichkeit: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird faktisch aufgehoben, Rasterfahndungen werden erleichtert und damit die Unschuldsvermutung ins Gegenteil verkehrt. Neben staatlichen Datensammlungen werden auch private einbezogen: EU-weit sollen Internet-Provider und Telefongesellschaften Verbindungsdaten über einen längeren Zeitraum speichern und Strafverfolgungsbehörden zugänglich machen. So werden umfangreiche Bewegungs- und Verbindungsprofile möglich. Anonymisierungsdienste sollen verboten werden. Keine E-Mail, keine SMS, kein Telefonat kann dann noch wirklich privat geführt werden.

Wer Anonymität und Verschlüsselung im Internet und bei E-Mails kriminalisiert, verhindert damit nicht nur die freie Meinungsäußerung seiner Bürgerinnen und Bürger, sondern spielt auch diktatorischen Regimen in die Hand, die den Internetverkehr zensurieren, indem dortigen Oppositionellen Kommunikationsplattformen genommen und Überwachungsmaßnahmen legitimiert werden. Auch im eigenen Land entstehen Probleme: Ohne sichere Anonymität können Telefonseelsorge und andere Beratungs- und Hilfsangebote ihre Arbeit kaum leisten – damit schadet die staatliche Überwachung gerade denjenigen, die am meisten auf staatlichen Schutz angewiesen sind.

Auch außerhalb des Internets wird die Überwachung verstärkt, so etwa durch Videoüberwachung, die die Bewegungen von Menschen im öffentlichen Raum (z.B. Bahnhöfe, Fußgängerzonen, Innenstädte) registrieren und speichern, indem die Polizei Foto- und Videoaufnahmen von Demonstrierenden anfertigt bis hin zum Einsatz von Aufklärungsflugzeugen gegen Demonstrationen (wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm). Flugpassagier- und Überweisungsdaten werden gespeichert. Jeder Schritt wird nachvollziehbar.

Der staatliche Zugriff auf personenbezogene Daten wird begleitet von einer Sorglosigkeit vieler Menschen im Umgang mit ihren eigenen Daten. Durch Bonusprogramme wie etwa Payback und HappyDigits werden umfangreiche Profile von Konsumentinnen und Konsumenten erzeugt. Vor allem im Bereich der Social-Networking-Plattformen wie Xing, StudiVZ oder MySpace werden bereitwillig und oft unreflektiert Namen mit Adressen, Telefonnummern und detaillierten Angaben zur eigenen Person verknüpft, die im großen Stil ausgelesen und gesammelt werden können. Vielen Nutzerinnen und Nutzern ist dabei nicht bewusst, dass damit Profile zur eigenen Person angelegt werden können, die etwa für personalisierte Werbung genutzt werden können, aber auch die Entscheidungen von ArbeitgeberInnen oder Versicherungen beeinflussen können. Hier sind insbesondere die Schulen gefordert, die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken und ein Bewusstsein für Datenschutz und Privatsphäre zu schaffen.

In allen Bereichen der Gesellschaft beobachten wir eine schleichende Gewöhnung der Bürgerinnen und Bürger an die immer weiter reichende Aushöhlung des Schutzes des Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Dies ist keine Welt, in der wir Kinder und Jugendliche aufwachsen sehen wollen.

In der Katholischen Jungen Gemeinde (KjG) werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene befähigt, ihre Meinung zu sagen und sich politisch einzumischen. Politische Partizipation beginnt bereits im Kleinen und ist auf eine überwachungsfreie Plattform angewiesen: Diskussionen in der Schule und zu Hause, Meinungsbildung im Internet, Teilnahme an Demonstrationen, das Engagement in Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden.

Eine ständige Kontrolle erzeugt ein Klima des Misstrauens und der Angst: Menschen, die bereit sind, sich bürgerschaftlich zu engagieren und sich kritisch einzubringen, fühlen sich kriminalisiert. Gerade junge Menschen werden so davon abgehalten, ihre Meinung zu vertreten. Anstatt den Staat durch mehr Sicherheit zu stärken, schwächt eine zunehmende Überwachung seine Grundlage: Ein freiheitlicher demokratischer Staat braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die den Staat kontrollieren – und nicht umgekehrt.

Gesellschaftliche Probleme wie Politikverdrossenheit, Rechtsextremismus und Mangel an Zivilcourage können nicht gelöst werden, wenn der Staat seine Bürgerinnen und Bürger zunächst als Sicherheitsproblem betrachtet. Wer so handelt, verhindert, dass Kinder und Jugendliche sich eine eigene Meinung bilden, sie ohne Furcht vertreten und mündige Demokratinnen und Demokraten werden. An die Stelle von politischer Beteiligung und freier Meinungsäußerung tritt die Schere im Kopf.

Datenschutz und das Recht auf freie Kommunikation sind weder Täterschutz noch eine Gefahr für die Sicherheit. Wer auf diese Freiheiten verzichten will, untergräbt die Voraussetzung eines freiheitlichen demokratischen Staates. Die KjG fordert für junge Menschen eine Gesellschaft, die

alles daran setzt, dass sie sich zu freien und mündigen Bürgerinnen und Bürger entwickeln können. Die KjG fordert daher konkret von den Regierungen der Länder und des Bundes:

Seite 5

- Keine Aushöhlung der Privatsphäre zugunsten staatlicher Kontrolle: Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden.
- Das Recht auf überwachungsfreie Kommunikation und Meinungsäußerung und die umfassende Gewährleistung informationeller Selbstbestimmung müssen gewahrt werden. Diese Grundrechte dürfen nur auf richterlichen Beschluss im Zuge der Verfolgung besonders schwerer Straftaten eingeschränkt werden. Der Kernbereich privater Lebensführung darf in keinem Fall angetastet werden.
- Dezentrales Speichern von personenbezogenen Daten, Zweckbindung bestehender Daten durchsetzen und Sparsamkeit bei der Datenerhebung, um Zweckentfremdung erst gar nicht zu ermöglichen.
- Verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule, um ein Bewusstsein für Datenschutz und Privatsphäre zu schaffen.

Beschluss des Bundesausschuss der Katholischen Jungen Gemeinde (KjG), Speyer am 6. Oktober 2007